

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	V
Literaturverzeichnis	VII
Materialien und amtliche Publikationen	XXIX
Rechtsquellen	XXXIII
Abkürzungsverzeichnis	XXXIX
Vorwort	1
Einleitung	3
A. Ausgangslage	3
B. Gegenstand der vorliegenden Dissertation	5
C. Gliederung/Methodik	6
1. Teil Grundlagen des Denkmalschutzrechts	7
A. Begriff und Gegenstand des Denkmalschutzes sowie dessen Aufgaben und Ziele	7
1. Denkmalschutz	7
2. Denkmal/Baudenkmal	7
3. Aufgaben und Ziele	8
B. Abgrenzungen	10
1. Abgrenzungen zu weiteren Schutzaufgaben/Schutzarten	10
a. Abgrenzung zum Begriff des Natur- und Heimatschutzes	10
b. Abgrenzung zum Begriff des Ortsbild- und Landschaftsschutzes sowie Schutz der historischen Verkehrswege	11
aa. Ortsbildschutz	11
bb. Landschaftsschutz	12
cc. Schutz historischer Verkehrswege	12
c. Abgrenzung zum Schutz archäologischer Stätten	12
d. Abgrenzung zum Kulturgüterschutz bei bewaffneten Konflikten	13

e.	Abgrenzung zu baulichen Ästhetikvorschriften	14
2.	Abgrenzung zum Umweltschutzrecht und zum Raumplanungsrecht.....	14
a.	Abgrenzung zum Umweltschutzrecht	14
b.	Abgrenzung zum Raumplanungsrecht	15
C.	Denkmalschutz auf Ebene des Bundesrechts	17
1.	Verfassungsrechtliche Grundlagen und Zuständigkeit des Bundes	17
2.	Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz.....	18
a.	Übersicht.....	18
b.	Bundesinventare.....	21
3.	Weitere Bundeserlasse	23
4.	Völkerrechtliche Rechtsquellen.....	23
a.	Internationale Abkommen.....	24
aa.	Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturgutes der Welt vom 23. November 1972 (SR 0.451.41; «UNESCO-Übereinkommen»)	24
bb.	Übereinkommen zum Schutz des baugeschichtlichen Erbes in Europa vom 3. Oktober 1985 (SR 0.440.4; «Granada-Übereinkommen»)	24
cc.	Europäisches Übereinkommen zum Schutz des archäologischen Erbes vom 16. Januar 1992 (SR 0.440.5; «Valletta-Übereinkommen» oder «Malta-Übereinkommen»)	25
b.	Weitere Quellen	26
aa.	Soft Law / Unverbindliche Quellen.....	26
bb.	International Council of Monuments and Sites (Internationaler Denkmalrat, ICOMOS)	26
cc.	Völkergewohnheitsrecht.....	27
D.	Denkmalschutz auf Ebene des kantonalen und kommunalen Rechts – am Beispiel des Kantons Zürich	28
1.	Zuständigkeit und gesetzliche Grundlagen im Kanton Zürich.....	28
2.	Schutzobjekte nach Zürcher Recht.....	29
3.	Kantonale, überkommunale und kommunale Inventare im Kanton Zürich... 30	
a.	Inventaraufnahme und Wirkung der Inventarisierung.....	30

aa.	Inventarisierung.....	31
bb.	Schutzvermutung und Behördenverbindlichkeit.....	32
b.	Inventarführung.....	34
c.	Inventarentlassung	34
4.	Massnahmen zum Schutz von Baudenkmälern nach Zürcher Recht	36
a.	Schutzzinstrumente gemäss § 205 PBG/ZH	36
b.	Ausgestaltung der Schutzmassnahmen.....	40
aa.	Unterlassungs-, Duldungs- und Leistungspflichten	40
bb.	Rekonstruktion als Ausnahme	41
c.	Vorsorgliche Massnahmen.....	42
d.	Weitere Instrumente.....	43
aa.	Kantonale und kommunale Beiträge	44
bb.	Übernahme der Betreuung eines Schutzobjekts durch das Gemeinwesen	44
cc.	Übernahme der Liegenschaft durch das Gemeinwesen	44
5.	Selbstbindung gemäss § 204 PBG/ZH.....	45
6.	Verfahren der Unterschutzstellung von schutzwürdigen Objekten im Kanton Zürich	46
a.	Unterschutzstellung eines schutzwürdigen Objekts und Anordnung von Schutzmassnahmen	46
b.	Rechtsmittel im Unterschutzstellungsverfahren	49
7.	Baubewilligungsverfahren bei Schutzobjekten	53
2. Teil	Grundsätze und Methoden der Interessenabwägung im Allgemeinen Verwaltungsrecht	57
A.	Grundsätze des öffentlichen Interesses und der Verhältnismässigkeit	57
B.	Erfordernis der Güterabwägung.....	60
1.	Interessenabwägung	60
a.	Begriff.....	60
b.	Durchführung von Interessenabwägungen	62

2.	Ermessensausübung, unbestimmte Rechtsbegriffe	66
C.	Interessenabwägungen nach Art. 3 RPV	69
D.	Interessenabwägung im Rahmen individuell-konkreter Anordnungen	73
1.	Im Allgemeinen	73
2.	Zulässigkeit von Grundrechtseingriffen gemäss Art. 36 BV	73
3.	Abgrenzung zwischen Interessenabwägung und Verhältnismässigkeitsprüfung	76
3. Teil	Analyse zu ausgewählten Interessen im Einzelnen im Unterschutzstellungsverfahren und bei Anordnung von Schutzmassnahmen	79
A.	Einleitende Bemerkungen	79
1.	Allgemein	79
2.	Differenzierte Interessenabwägungen je nach Ebene	79
a.	Gesetzgebung.....	80
b.	Raumplanung.....	82
c.	Führung der Inventare.....	84
aa.	Ermessen der Behörden bei der Auswahl.....	85
bb.	Interessenabwägung und Vertrauensschutz.....	87
d.	Wahl des Schutzinstruments.....	90
e.	Unterschutzstellung und Anordnung von Schutzmassnahmen.....	93
aa.	Unterschutzstellung und Anordnung von Schutzmassnahmen als Grundrechtseingriff.....	93
bb.	Interessenabwägung und Verhältnismässigkeitsprüfung.....	94
f.	Selbstbindung.....	98
g.	Baubewilligungsverfahren.....	99
aa.	Allgemein.....	99
bb.	Projektbezogener Schutzentscheid.....	102
cc.	Suspensiv bedingte Inventarentlassung aufgrund überwiegender öffentlicher Interessen.....	104
dd.	Ausnahmebewilligungen.....	104

B.	Analyse zur Feststellung und Gewichtung der Interessen des Denkmalschutzes	106
1.	Gegenstand der Feststellung der Schutzobjektqualität.....	106
a.	Schutzabklärung betreffend die denkmalschützerische Bedeutung des Schutzobjekts	106
b.	Bedeutung von Gutachten bei der Beurteilung von potentiellen Schutzobjekten.....	108
aa.	Gegenstand eines Gutachtens	109
bb.	Einholung des Gutachtens und rechtliches Gehör	111
cc.	Bedeutung der Gutachten	113
2.	Faktoren zur Feststellung und Gewichtung der Interessen des Denkmalschutzes	114
a.	Auswahl von Faktoren für die Beurteilung des Denkmalschutzinteresses im Einzelnen	115
aa.	Relevante Faktoren für die Feststellung und Gewichtung des Denkmalschutzinteresses.....	115
bb.	Nicht relevante Faktoren für die Feststellung und Gewichtung des Denkmalschutzinteresses.....	139
b.	Stufen der Schutzwürdigkeit von Baudenkmalern und ihr Einfluss auf die Interessenabwägung	141
3.	Festsetzung der Schutzziele und des Schutzzumfangs.....	148
4.	Zwischenfazit	153
C.	Analyse zur Feststellung und Gewichtung ausgewählter weiterer öffentlicher Interessen	158
1.	Allgemeine Ausführungen.....	158
2.	Analyse zu ausgewählten öffentlichen Interessen	160
a.	Umweltschutzrechtliche Interessen.....	160
aa.	Schutzsystem des Umweltschutzrechts	160
bb.	Berücksichtigung der Anliegen des Umweltschutzes im Unterschutzstellungsverfahren	162
cc.	Beispiel der Lärmbelastung und Luftreinhaltung	164

dd.	Beispiel der energetischen Sanierung.....	166
ee.	Exkurs: Solaranlagen auf Denkmalschutzobjekten.....	169
ff.	Auswirkungen auf das Baubewilligungsverfahren	173
b.	Raumplanerische Interessen.....	174
aa.	Berücksichtigung der Entscheide der Richt- und Nutzungsplanung.....	174
bb.	Interesse an der besseren Nutzung des Baulands bzw. der Verdichtung.....	176
cc.	Wohnraumbedarf und ideelle Interessen an der Förderung von sozialem Wohnraum.....	182
c.	Weitere ausgewählte städtebauliche Interessen.....	184
aa.	Interesse an Quartier-/Umgebungsaufwertung	184
bb.	Interesse an ausreichender Verkehrsinfrastruktur.....	186
cc.	Interesse an öffentlichen Institutionen.....	190
dd.	Kulturelle Interessen.....	199
ee.	Zwischenfazit	202
d.	Bauliche Massnahmen im öffentlichen Interesse	203
aa.	Bau- und feuerpolizeiliche Interessen	204
bb.	Interesse an Behindertengleichstellung	209
e.	Berücksichtigung der finanziellen Lage des Gemeinwesens.....	213
f.	Auswahlmessen und Gemeindeautonomie – Vorliegen von vergleichbaren Objekten.....	217
3.	Zwischenfazit	224
D.	Berücksichtigung der privaten Interessen / Grundeigentümerinteressen	226
1.	Grundsatz und Feststellung der privaten Interessen.....	226
2.	Eignung, Erforderlichkeit und Zumutbarkeit der Anordnung von Schutzmassnahmen	227
3.	Ausgewählte Aspekte der privaten Interessen	231
a.	Verbleibende Nutzungsmöglichkeiten	233
aa.	Angemessenheit der Nutzungsmöglichkeiten.....	233
bb.	Bauliche Massnahmen im privaten Interesse.....	245

b.	Berücksichtigung rein finanzieller Nachteile	253
c.	Selbstverschulden der Eigentümer bei mangelndem Gebäudeunterhalt	261
4.	Enteignung im Zusammenhang mit Unterschutzstellung und Anordnung von Schutzmassnahmen	263
5.	Zwischenfazit	267
E.	Allgemeine Erkenntnisse zur Interessenabwägung und Verhältnismässigkeitsprüfung	272
4. Teil	Schlussfolgerungen	275
A.	Würdigung der Ergebnisse der Analysen und Stellungnahme zu den Fragestellungen	275
B.	Zusammenfassung und Ausblick	282
	Sachregister	283